

991/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend geschlechtsspezifische Kostenverursachung im Straßenverkehr

Österreich liegt bei der Unfallhäufigkeit im Straßenverkehr international im unrühmlichen Spitzenfeld. Laut "Format" vom 26. Juni 2000 liegt Österreich im europäischen Vergleich bei der Zahl der Unfälle mit Personenschaden je 1.000 Einwohner mit 4,9 ex aequo mit Polen nach Belgien an zweiter Stelle, bei der Zahl der Unfallopfer je 1.000 Kraftfahrzeuge mit 10,8 an vierter Stelle.

Allerdings sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Verursachung von Unfällen bzw. überhaupt bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung gravierend: So sind laut Bericht im oben erwähnten "Format" 90% der Problemlenker, die beim Institut für Verkehrspsychologie Nachschulungen absolvieren müssen, Männer. Ausserdem verstoßen ca. 23% der Lenker, die eine solche Nachschulung in Anspruch nehmen, innerhalb der nächsten 36 Monate wieder massiv gegen Verkehrsregeln. Auch von diesen sind demnach 90% Männer. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat festgestellt, dass 85% aller Geisterfahrer männlichen Geschlechts sind.

Aus all dem ergibt sich, dass enorm hohe Kosten hauptsächlich von Männern verursacht werden: Kosten für Reparaturen von Unfallschäden, für Aufräumarbeiten nach Unfällen, Spitalskosten, Verkehrsüberwachungskosten, Kosten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen, Nachschulungskosten, Kosten für Ausfälle von Personalressourcen, bis hin zu Begräbniskosten bei Unfällen mit Toten.

Diesem Gender - Aspekt von Verkehrsunfällen wird in der Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit geschenkt bzw. findet er in der öffentlichen Gebarung bisher keinen Niederschlag.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Werden Daten betreffend die Kostenverursachung im Verkehr (Verursachung von Verkehrsunfällen, Nachschulungen für Problemlenker, Geisterfahrer, etc.) in Ihrem Ministerium nach Geschlechtern getrennt erhoben?
Wenn nein: weshalb nicht bzw. gibt es Pläne, eine solche geschlechtsspezifische Datenerhebung einzuführen? Gibt es andere Quellen, aus denen das Ministerium diese Daten aufgeschlüsselt nach Geschlecht erhält?
2. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem Faktum, dass überwiegend Männer Kosten im Straßenverkehr verursachen?
3. Wird die genannte geschlechtsspezifische Kostenverursachung in der Politik Ihres Ressorts in irgendeiner Weise berücksichtigt?
Wenn ja: In welcher Form?
4. Sind Sie der Meinung, dass es für die immensen Kosten, die Männer im Straßenverkehr verursachen und die ja die SteuerzahlerInnen in ihrer Gesamtheit zu tragen haben, irgendeinen Ausgleich geben sollte, der überwiegend Frauen zugute kommt?